

AfD- Ratsfraktion	Drucksachen-Nr. A/17/3300-01	Termin 15.05.2023	Rat der Stadt		
<u>Antragsvorlage</u>			öffentlich		
Termin	Gremium	Vorlage zur*	Ergebnis	Beschluss- kontrolle*	
26.04.2023	Umweltausschuss	V			
27.04.2023	Stadtplanungs- und Mobilitätsausschuss	V			
02.05.2023	Bezirksvertretung Osterfeld	A			
03.05.2023	Bezirksvertretung Alt-Oberhausen	A			
04.05.2023	Bezirksvertretung Sterkrade	A			
15.05.2023	Rat der Stadt	B			

Beratungsgegenstand

Antrag der AfD-Ratsfraktion Oberhausen/Rhld. nach § 2 der Geschäftsordnung des Rates: Errichtung von Taubenhäusern in Oberhausen.

Beschlussvorschlag

Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, ob die Errichtung von Taubenhäusern in Oberhausen möglich ist.

Vorsitzende/r AfD-Ratsfraktion Oberhausen/Rhld.  (W. Kempkes) Datum: 23. 3. 2023	
--	--

AfD- Ratsfraktion	Drucksachen-Nr. A/17/3300-01	Termin 15.05.2023	Rat der Stadt
------------------------------	---	------------------------------	----------------------

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29

Begründung

Wie der Presse zu entnehmen war, vermehren sich in einzelnen Stadtteilen die Tauben immer mehr. Die vorgeschlagene Beauftragung eines Falkners lehnt die AfD aus Gründen des Tierschutzes rigoros ab.

Bei den Stadtauben handelt es sich um Nachkommen entflogener Haustauben, für die der Mensch die Verantwortung trägt. Stadtauben ernähren sich oft von Abfällen, wodurch der Kot der Tiere die Hausfassaden verschmutzt und dadurch Schäden hervorruft. Dem könnte man mit einem für die Tiere geeigneten Futter begegnen.

Aber nur ein integriertes Konzept kann eine tiergerechte Lösung für das Zusammenleben von Tauben und Menschen erzielen.

Der Deutsche Tierschutzbund empfiehlt die Errichtung von Taubenhäusern mit geeigneten Nistmöglichkeiten, in denen durch Austausch des Geleges (durch Gipseier o.ä.) der Bestand entsprechend reguliert werden kann.

Die Verwaltung soll prüfen, inwieweit Taubenhäuser gemeinsam mit Oberhausener Tierschutzvereinen betrieben werden können, um unter Nutzung des dort vorhandenen Fachwissens praktische Lösungen anbieten zu können.

Wir überlassen es der Verwaltung, den Prüfauftrag auf ein Pilotprojekt unter Berücksichtigung des aktuell stärksten Bedarfs einzuschränken; nicht zuletzt im Hinblick auf die Beschränkungen, denen ein (auch ehrenamtliches) Engagement privater Vereine und Vereinigungen unterliegt.

Wir weisen in diesem Zusammenhang auf die Anträge A/15/1819-01 von SPD, FDP und GRÜNEN (in der Bezirksvertretung Alt-Oberhausen am 1. 2. 2012 unverändert beschlossen) sowie A/16/4935-01 der FDP (in der Ratssitzung am 23. 9. 2019 unverändert beschlossen) hin.